

40 Jahre Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut in Berlin – Mikrogeschichte eines sozialwissenschaftlichen Großinstituts

Vorbemerkung der Redaktion: Vierzig Jahre sind seit der Wiedergründung der „Deutschen Hochschule für Politik“ in Berlin vergangen. Aus ihr entstand das „Otto-Suhr-Institut“, der heutige „Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin“. Inzwischen ist „das OSI“, wie es von seinen Freunden noch immer genannt wird, das größte politikwissenschaftliche Institut Westeuropas. In Berlin werden heute mehr Diplompolitologen ausgebildet als an allen Hochschulen der Bundesrepublik zusammen. Insofern ist die Institutsgeschichte zur halben Geschichte der Politischen Wissenschaft in Deutschland geworden. – Wir publizieren im Leviathan zwei Beiträge, die zu Beginn des Jahres zum vierzigjährigen Gründungstag des Instituts in einer universitätsinternen Broschüre erschienen sind (Das OSI, hrsg. v. Bodo von Greiff, Gerhard Kiersch und Klaus Mejerle, Berlin 1989). Der zweite Aufsatz wurde für die Leviathan-Veröffentlichung wesentlich überarbeitet und erweitert.

Gerhard Göhler und Hubertus Buchstein

Die ersten fünfzehn Jahre – Von der „Deutschen Hochschule für Politik“ zum „Otto-Suhr-Institut“

Das vierzigjährige Jubiläum der Wiedergründung der Politikwissenschaft in Berlin im Jahr 1989 gilt nicht einfach der Feier eines Faches, das sich wie andere Disziplinen im universitären Fächerkanon mehr oder weniger geruhsam entfaltet hat. Seine Entwicklung zur akademisch anerkannten Wissenschaft ist zugleich der Gang durch institutionelle Metamorphosen: Vor vierzig Jahren wurde die erstmals 1920 gegründete „Deutsche Hochschule für Politik“ (DHfP) nach Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg im Jahr 1949 wiedereröffnet, kurz nach der Neugründung der Freien Universität im Westteil der Stadt. Zehn Jahre später wurde die DHfP unter dem Namen „Otto-Suhr-Institut“ in die Freie Universität eingegliedert, nach weiteren zehn Jahren in den heutigen „Fachbereich Politische Wissenschaft“ der FU umgewandelt. Die verwickelte Institutionengeschichte deutet darauf hin, daß es erheblicher Auseinandersetzungen und Umwege bedurfte, bis sich Politikwissenschaft als voll akzeptierter Bestandteil im universitären Fächerkanon etablieren konnte.

Vorgeschichte und Eröffnung der „Deutschen Hochschule für Politik“

Die Wiedereröffnung der 1933 von den Nationalsozialisten übernommenen und 1940 als „Auslandswissenschaftliche Fakultät“ in die damalige Berliner Universität eingegliederte DHfP war für das Nachkriegsberlin der erste Versuch, Politikwissenschaft als eigenständige wissenschaftliche Disziplin zu institutionalisieren. An den Hochschulen im

sowjetischen Sektor der Stadt wurde Politik nur als unselbständiger Bestandteil des Historischen und Dialektischen Materialismus gelehrt, und die erst ein Jahr nach der DHfP geplante, aber in der tagespolitischen Dramatik des Jahres 1948 einige Wochen vor ihr eröffnete Freie Universität hatte keine eigene politikwissenschaftliche Fakultät.

Das erste bekannte Dokument zur Wiederbegründung stammt vom Herbst 1947. Es handelt sich um ein Memorandum, das Otto Suhr, ein ehemaliger Dozent der alten DHfP und nun Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung angeregt und Walter Jaroschowitz, gleichfalls altgedienter Sozialdemokrat und Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses der Berliner SPD, verfaßt hatte. Der Entwurf sah vor, umstandslos an das bis 1933 gültige Konzept der „alten“ Hochschule anzuknüpfen.

Die Initiative zur Wiedergründung der DHfP blieb nach diesen ersten Diskussionen im Kreis um Otto Suhr eine rein Berliner Angelegenheit. Sie erfolgte, im Gegensatz zu gleichzeitigen Bemühungen in Hessen, ohne Anregung, Einflußnahme oder Absprache mit den westlichen Alliierten. Und auch nach dem Entwurf von Jaroschowitz blieben die ersten Gründungsaktivitäten von Berliner SPD-Politikern dominiert. Erst nachdem das Memorandum die Gremien der Partei erfolgreich passiert hatte, begann die Gruppe um Suhr – zu ihr zählten anfangs neben Walter Jaroschowitz der ehemalige DHfP-Absolvent Walther G. Oschilewski, Stadtrat Walter May und Siegfried Nestriepke – in den anderen Berliner Magistratsparteien Verbündete für das Vorhaben zu suchen. Bewußt ausgespart blieb die SED. Mit der CDU und der liberalen LDPD waren sich die Aktivisten im sozialdemokratischen Kulturpolitischen Ausschuß einig in der Orientierung der Hochschule am westlichen Demokratieverständnis.

Am 15. Januar 1948 waren die Absprachen zwischen den drei beteiligten Parteivertretern so weit gediehen, daß sie gemeinsam den Antrag in die Berliner Stadtverordnetenversammlung einbrachten, am hundertjährigen Revolutionsfeiertag – dem 18. März 1948 – die alte DHfP als Symbol der demokratischen Tradition wiederzueröffnen. Nicht zuletzt sollte damit ein weiteres Zeichen gesetzt werden gegen das von der SED vertretene Verständnis von Demokratie. Die Konzeption für die Hochschule wurde weiterhin im engen Kreise der nun mit Kurt Landsberg für die CDU und Hans Reif für die LDPD verstärkten Gruppe um Suhr entwickelt. Pläne von außerhalb, etwa der Vorschlag, eine Frauenhochschule für Politik anzugliedern oder sich auf die Diplomatenausbildung zu spezialisieren, blieben von den Gründern unbeachtet. Das große Vorbild war die „alte“ Hochschule, an der die meisten von ihnen noch selbst gelehrt oder studiert hatten. Unterschiedliche Vorstellungen gab es eigentlich nur darüber, an „welche“ alte DHfP man anschließen sollte: an die der frühen zwanziger Jahre, die sich vornehmlich als eine Stätte der Erwachsenenbildung begriffen hatte, oder die der frühen dreißiger Jahre, an der selbstbewußt von Politik als Wissenschaft gesprochen wurde.

Auf Suhrs Anregung hin einigte man sich im Juni 1948 auf einen Kompromiß: Wie ihre Vorgängerin sollte die neue DHfP als Erwachsenenbildungsstätte für politische Angelegenheiten mit der Aufgabe beginnen, Lehrern, Verwaltungsangestellten, Parteifunktionären, Journalisten oder Kommunalpolitikern die für das Funktionieren der Demokratie nötige politische Bildung zu vermitteln: „Der Schulbetrieb soll Volkshochschulcharakter haben“, hieß es in einer Entschließung der Vorbereitungsgruppe, „ist

aber abzugrenzen vom Lehrcharakter der Volkshochschule. Die Lehrtätigkeit muß ausschließlich wissenschaftlich bleiben, ohne daß die Vollständigkeit der Universitätsdidaktik angewandt wird.“

Angesichts der Entwicklung ihrer Vorgängerin, wollte man die Tür also offen lassen für einen Verwissenschaftlichungsprozeß. Eine Bibliothek und ein Archiv sollten als ständige „Informationsquelle“ eingerichtet werden, eine Auslandsabteilung sollte den Kontakt mit der Politikwissenschaft des westlichen Auslands suchen, und die Aufgabe der Hochschule wurde durchaus auch darin gesehen, eine „systematisch ausgebaute Lehrkunde der politischen Wissenschaft, einschließlich Staatslehre, Soziologie, Geschichte, Geographie usw. (zu betreiben), mit dem Ziel, Politik als Wissenschaft zu lehren“. Die leibliche Verkörperung der Gründungsmotive mit ihrer Stellung zwischen Erwachsenenbildung und Wissenschaft war Otto Suhr, der erste Direktor der neuen DHfP.

Otto Suhr über das ursprüngliche Hochschulkonzept:

„Daß der auch an anderen Stellen erörterte Plan einer Hochschule für Politik zuerst und gerade in Berlin verwirklicht wird, ist kein Zufall. Denn diese Stadt hat sich in den letzten Jahren wirklich als eine hohe Schule der Politik in Deutschland erwiesen, und es zeigt den Ernst der politischen Kämpfer, wenn sie neben ihrer aktiven Rolle das Bedürfnis zum Eindringen in die tieferen edingungen und Zusammenhänge des politischen Lebens empfinden. Daß Berlin dabei an die in mancher Hinsicht bewährte Tradition der DHfP vor 1933 anknüpfen kann, war zwar ein Vorteil, aber nicht ausschlaggebend, denn Wesen und Aufgabe dieser Schule werden ungleich stärker als bei anderen Schulen nicht von der Tradition, sondern von der Gegenwart bestimmt. Es kommt für den Politiker darauf an, sein Wissen zu aktualisieren und sein aktuelles Handeln durch Wissen zu stützen. So entscheidend Wille und Gesinnung in der Politik auch sein mögen – der dauernde Erfolg des Politikers (und jeder, der die öffentliche Meinung beeinflußt, ist in diesem Sinne Politiker) – hängt von seiner Einsicht in die tatsächlichen Daseinsbedingungen und in die Wirkungsmöglichkeiten seiner Maßnahmen ab. Was lehrbar und lernbar daran ist – und dieses Maß ist sehr weit gesteckt –, wird die Hochschule für Politik zeigen.

Intensiver auch als andere Schulen muß die Hochschule für Politik den Blick über die Ländergrenzen erweitern. Das lange unglückselige Abgeschlossenheit Deutschlands von den geistigen Verbindungen der Welt mit seinen verhängnisvollen Folgen zwingt uns, die Fortschritte der politischen Wissenschaften des Auslandes nachzuholen und bei dem Neubau Deutschlands von anderen Ländern zu lernen. Die Anwesenheit der vier Mächte in Berlin hat die Stadt geradezu für eine Tribüne des Auslandes prädestiniert ...

Viele Vollstudenten äußern allerdings in erschreckender Weise ein eindeutiges Streben nach Berechtigungs-scheinen und Diplomen, dem die Hochschule für Politik kaum wie gewünscht Rechnung tragen kann. Der ‚Diplompolitiker‘ wäre ein Unding! ... Die alte Hochschule hatte, in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt, Anwärter für den auswärtigen Dienst vorbereitet. Der neuen Hochschule fällt hier bei der gebotenen Zurückhaltung die besonders verantwortliche Aufgabe zu, ein Samenkorn für einen neuen Geist einer künftigen auswärtigen deutschen Politik zu legen. Zunächst sind aber die ‚inneren Angelegenheiten‘ wichtiger! Eine solche Gruppe bilden die Journalisten und Reporter. Und tatsächlich will und soll die Hochschule eine Lücke in der Ausbildung für die Presse ausfüllen helfen. Schule und Zeitung ergänzen sich wechselseitig. Die Hochschule will das reichliche Material der Presse für ihre Arbeit auswerten – aber auch durch ihre Arbeit die Presse stützen. Eine dritte Gruppe setzt sich aus den Sozialpädagogen zusammen und

folgt damit den Spuren der alten Hochschule, denn vor 1933 hat das Sozialpädagogische Seminar zum Rückgrat der Hochschule gehört.

Es fehlt zunächst noch eine Gruppe, auf die aber die Hochschule zum mindesten als Gasthörer an einzelnen Vorlesungen und Übungen besonderen Wert legen muß, wenn sie ihr Programm erfüllen will: die Stadtverordneten und Bezirksverordneten, die Partei- und Gewerkschaftssekretäre. Auch wenn der praktisch tätige Politiker heute übermäßig angespannt und beansprucht ist, so bedarf unsere noch so tastende Demokratie der Bildung und Orientierung. Welcher Politiker könnte und müßte nicht lernen?! Die Hochschule hat den Ehrgeiz, zu einer Arbeitsstelle und einem Mittelpunkt für sachliche Politik zu werden – auf der sich die Politiker, die tätigen und die angehenden, über die Tatsachen verständigen sollen. Über die sachlichen objektiven Tatbestände läßt sich ein tragfähiger Boden gewinnen –, auf dem sich dann der Kampf der Parteien um die Erreichung ihrer Ziele in aller Leidenschaftlichkeit entwickeln mag.“

Auszug aus: Otto Suhr, Hochschule für Politik. In: „Die Welt“ vom 11. Januar 1949.

Ursprünglich sollte die Hochschule ihre Pforten im Mai 1948 öffnen. Daß die Gründungsvorbereitungen sich erheblich verzögerten, war in erster Linie den aktuellen politischen Vorgängen in und um Berlin geschuldet: Bereits zwei Tage nach den Revolutionsfeierlichkeiten am 18. März hatte Marschall Sokolowski die sowjetische Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat aufgekündigt; ab April häuften sich die Behinderungen im Verkehr von und nach der alten Hauptstadt; die am 22. April gegen das Votum der SED verabschiedete Berliner Verfassung, an deren Formulierung Suhr maßgeblich beteiligt war, konnte vom Alliierten Kontrollrat schon nicht mehr bestätigt werden. Am 24. April stellte die sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag, als Antwort auf die zunehmenden politischen Repressalien an der im Ost-Sektor der Stadt gelegenen Berliner Universität in den Westsektoren eine „Freie Universität“ zu eröffnen.

Dies hatte nicht unerhebliche Folgen für die Hochschulgründung, denn nun hatte in den Augen der Öffentlichkeit im Westteil der Stadt die FU den hochschulpolitischen Vorrang. Auf die aus heutiger Sicht naheliegende Idee, beide Gründungsvorhaben zusammenzulegen, kam damals niemand. Die Hochschulgründer wollten die alte autonome DHfP wiederbeleben, und die FU-Initiatoren hatten genügend Probleme mit ihren hochschulreformerischen Vorstellungen, um sich nicht auch noch eine an den anderen deutschen Universitäten nicht vorhandene Fakultät für Politikwissenschaft zuzulegen. Überschattet wurden die Aktivitäten der DHfP-Gründer schließlich vom politischen Hauptereignis des Jahres 1948: im Juni verhängten die Sowjets die Blockade über die Westsektoren der Stadt. Die Eskalation der folgenden politischen Ereignisse kulminierte in der bis Ende 1948 auf fast allen Ebenen durchgeführten Spaltung der Stadt. Um die DHfP trotz dieser widrigen Umstände und der prekären Finanzlage des Westteils eröffnen zu können, konstituierte sich im Juli ein überparteiliches Vorbereitungskomitee, das in Zeitungsanzeigen um Büchergeschenke und Geldspenden für die Hochschule bat. Als Eröffnungstermin wurde nun der Oktober anvisiert, aber angesichts der Blockade und der unsicheren politischen Situation in Berlin war es fast unmöglich, geeignete Dozenten aus Westdeutschland zu gewinnen. Erneut verschob man deshalb die Hochschüleröffnung und versuchte, wenigstens ein provisorisches

Vorlesungsverzeichnis für ein verkürztes Einführungssemester zusammenzubekommen.

„Aufruf der Deutschen Hochschule für Politik vom September 1948: Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat bei der 100jährigen Wiederkehr des Revolutionstages von 1848 die Wiedererrichtung der Deutschen Hochschule für Politik beschlossen. Die Hochschule für Politik genoss ein hohes Ansehen, bis das Ende der Demokratie im Jahre 1933 auch ihr ein Ende setzte. Jetzt ist sie um der zukünftigen demokratischen Freiheit willen wieder aufzubauen.“

Die Hochschule für Politik soll eine Lehr- und Forschungsstätte der Wissenschaft von der Politik sein. Sie soll weder für noch gegen eine einzelne Partei arbeiten, aber die Funktion jeder Partei verdeutlichen. Mit leidenschaftlicher Objektivität gilt es, umfassende Kenntnisse als Grundlage zu vermitteln, um zum politischen Handeln zu erziehen.

Die Hochschule für Politik wird Gelegenheit geben, in- und ausländische Repräsentanten unmittelbar zu hören. Sie strebt danach, die politische Literatur und Archive des Auslandes dem Studium zugänglich zu machen, die dem deutschen Volk seit der nationalsozialistischen Isolierung vorenthalten worden sind. Die Behandlung politischer Tagesfragen in offenen Diskussionen wird dazu dienen, gegensätzliche Auffassungen zu würdigen und eigene Standpunkte zu gewinnen.

Die Hochschule für Politik wünscht als Hörer alle, die bereit sind, ernsthaft in ihr zu arbeiten. Sie erwartet insbesondere die Politiker und die Jugend, Studenten und Gewerkschaftler, Lehrer, Fürsorger, Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts. Ohne formale Berechtigungsnachweise für die Aufnahme wird sie auch am Ende des Studiums keine Berechtigungen für berufliche Zwecke aussprechen.

Die Deutsche Hochschule für Politik ruft heute zur Unterstützung auf. Sie wird als eine öffentliche Anstalt vorbereitet, die Notstände der Zeit aber erschweren ihre Errichtung. Die Unterzeichneten haben sich deshalb als vorläufiger Förderkreis zusammengeschlossen und bitten alle Mitbürger, Organisationen und Institute um tätige Mithilfe. Bücher, Zeitungsjahrgänge, geographisches Anschauungsmaterial, Dokumente und Briefe, die über politische Verhältnisse der Gegenwart und Vergangenheit Aufschluß geben, werden ebenso gebraucht wie Geldspenden.

Louise Schröder, Jakob Kaiser, Karl von Lewinsky, Paul Löbe, M. Elisabeth Lüders, Walter May, Friedrich Meinecke, Hans Reif, Walter Schreiber, Otto Suhr, Richard Thurnwald, Rudolf Wissell.“

Aus: „Das Sozialistische Jahrhundert“ vom 15. September 1948.

Die DHfP wurde schließlich am 15. Januar 1949 mit einem Festakt in der Cäcilienkirche am Nikolsburger Platz eröffnet. Die Festansprachen vor der versammelten politischen Prominenz aus den Westsektoren hielten zwei ehemalige Dozenten der alten DHfP, der designierte Direktor der neuen Hochschule, Otto Suhr, und der spätere erste deutsche Bundespräsident, Theodor Heuss. In der Westpresse wurde die Hochschüleröffnung ausnahmslos begrüßt, die Tageszeitungen berichteten ausführlich über das Ereignis. Die östliche Seite reagierte ablehnend. Die Hochschule, so vermutete die „Tägliche Rundschau“, werde das Ausbildungszentrum des journalistischen Nachwuchses für die „Revolverpresse der Westmächte“ sein. Die gespannte politische Atmosphäre der Blockadezeit verschonte selbst das Eröffnungszereemoniell nicht. Ein Veranstaltungsteilnehmer wurde während der Feierlichkeiten von der Polizei unter dem Verdacht auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verhaftet, da ein anderer Besucher in ihm einen NKWD-Spitzel aus Halle zu erkennen glaubte.

Die DHfP: Politikwissenschaft auf dem Weg zur Universität

Die DHfP begann mit den Lehrveranstaltungen ihres provisorischen neunwöchigen Einführungssemesters am 17. Januar 1949 in der Ricarda-Huch-Schule in der Sybelstraße. Über eigene Räume konnte sie erst Ostern 1949 verfügen, als sie in das Lignose-Haus in der Albrecht-Achilles-Straße 65/66 umzog. Doch waren es gerade diese schwierigen Startbedingungen, die die rasche Identifikation des Lehrkörpers und der Studentenschaft mit der Hochschule bewirkten und die sie später immer wieder gern auf diese „Pionier-Ära“ zurückblicken ließen.

Zwei Rückblicke von Otto Suhr und Gert von Eynern:

„Ihr erstes Unterkommen in den dunklen Januartagen 1949 fand die neue Hochschule im Studentenhaus am Steinplatz, in der damals gleichzeitig die eben erst aus dem Sowjetsektor übersiedelte Stadtverordnetenversammlung tagte. Die Vorlesungen fanden in der ungeheizten, fensterlosen Ricarda-Huch-Schule statt. Eine kleine Bibliothek aus den Restbeständen des ehemaligen deutschen Gemeindetages war an einem dritten Ort eingerichtet. Siebenhundertfünfzig Menschen drängten sich im Einführungssemester in den viel zu kleinen Räumen mit den Kinderbänken, oft nach langen Anmarschwegen in unbeleuchteten Straßen ohne Verkehrsmittel. Daß es unter den widrigen Verhältnissen ohne ausreichende Lehr- und Lernmittel überhaupt gelang, die zusammengewürfelte Schar junger Menschen, die meist nur das Kriegshandwerk gelernt hatten, zusammen mit bereits in Amt und Würden stehenden Politikern sehr unterschiedlicher Vorbildung zu fruchtbarer Arbeit zu führen, war vor allem den hauptamtlichen Dozenten zu danken, die sich vom ersten Tage an zusammen mit dem Direktor zu einer pädagogisch-wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft verbunden hatten.“

Aus: Otto Suhr, *Zur Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik* (1952). In: Otto Suhr, *Eine Auswahl aus Reden und Schriften*. Berlin 1967, Seite 358–359.

„In der Technischen Universität gab es damals zwei kleine Zimmer: dort saß die Hochschulverwaltung. In einem von ihnen residierten Fräulein Aermlich und Fräulein Dannenberg. Eine Viertelstunde entfernt in der Sybelstraße stand die Ricarda-Huch-Schule. Morgens ochen da, und nachmittags auch, eifrige Schüler und Schülerinnen. Dementsprechend war der Mief: kalter Mief! Abends begab sich die DHfP in diese Atmosphäre. Trübes spärliches Licht. Die Studenten und Hörer versuchten, sich in die Kinderbänkchen zu zwingen. Sie beneideten uns Dozenten: wir durften uns bewegen, hatten Platz.“

Der entscheidende Grund für den Zulauf der Jungen zur DHfP war tiefer Natur. Diese Menschen, vor allem die, die aus dem Osten kamen, hatten erlebt, was Politik für das Schicksal des einzelnen, der Familie, der Nation bedeutet. Im Osten waren sie mit Schlagworten, mit pseudowissenschaftlicher ‚Gesellschaftslehre‘ gefüttert worden. Bei uns wollten sie nun ernsthaft studieren, ‚wie es eigentlich in Wirklichkeit ist‘. Manche hat zudem die Möglichkeit gelockt, bei uns ihr Studium beginnen zu können, ohne daß ihnen zuvor mit Brief und Siegel bescheinigt worden wäre, sie seien dazu ‚reif‘, ohne Reifezeugnis also. Durch den Krieg waren ja zahllose Jugendliche um eine geregelte Ausbildung betrogen worden. Aber ein großer Teil von ihnen, besonders die etwas älteren Kriegsteilnehmer, besaßen eine geistige und menschliche Reife, auf Grund derer sie sich zutrauten, ein Studium auch ohne abgeschlossene Oberschulbildung durchführen zu können. Auch wir trauten es ihnen zu!“

Aus: Gert von Eynern (Gründungsprofessor), Rede auf der Zehn-Jahres-Feier der DHfP am 16. Januar 1959. MS. In: Otto-Suhr-Institut, Archiv und Dokumentation, Mappe Bio-Eynern I.

Die Gestaltung der Hochschule lag von nun an in den Händen eines Hochschulsenats, der sich aus dem Hochschuldirektor Suhr und sechs hauptamtlichen Dozenten – den Abteilungsleitern – zusammensetzte. Der Senat war verantwortlich für alle konzeptionellen, finanziellen, inhaltlichen und personalpolitischen Fragen. Doch den entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Dozentenschaft hatte bereits Otto Suhr genommen. Er war es, der nach seinen fachlichen Vorstellungen, aber auch nach politischer Opportunität und alter Freundschaft die Mitglieder des Senats stellte. Nach seinem inzwischen nach Kiel verschlagenen alten Freund Carl Dietrich von Trotha ließ er regelrecht fahnden, und einen anderen alten Freund, Ernst Fraenkel, bestürmte er in regelmäßigen Briefen nach Korea, wegen der Hochschule nach Berlin zurückzukehren – ein Ansinnen, das schließlich auch Erfolg hatte.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Mitglieder des ersten Hochschulsenats wird sichtbar, fragt man nach ihren Aktivitäten in den Jahren zwischen 1933 und 1945. Im Unterschied zu vielen anderen sozialwissenschaftlichen Instituten im westlichen Nachkriegsdeutschland finden sich im eigentlichen Gründungskreis der DHfP keine Emigranten. Ernst Fraenkel, Ossip K. Flechtheim und Richard Löwenthal stießen erst später zur Hochschule. Und im Unterschied zu so vielen Professoren der deutschen Universitäten – auch in Berlin, und zwar in beiden Teilen der Stadt – waren sie alle erwiesene Gegner des NS-Regimes gewesen. Der erste Hochschulsenat der DHfP läßt sich geradezu als ein Gremium ehemaliger Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich bezeichnen. Suhr stand unumstritten im Zentrum nicht nur ob seiner Gründungsaktivitäten und seiner Position als Hochschuldirektor; seine Autorität beruhte zu einem ganz wesentlichen Teil auch auf der Rolle, die er bis 1945 im Widerstand eingenommen hatte.

Otto Suhr war nach 1933 in der Reichshauptstadt geblieben. Im Gegensatz zu seinen jüdischen Freunden Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann, die in die Emigration flüchten mußten, wurde er nicht „rassisch“ verfolgt, und so konnte er sich bis zum Schluß im sozialistischen Widerstand betätigen. Aktiv war er als Mitglied eines illegalen Gewerkschaftskomitees. Unter anderem hielt er Kontakt zum „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“, an dem auch sein späterer Hochschulkollege Ossip K. Flechtheim mitarbeitete. Kurz vor Kriegsende tauchten Suhr und seine Frau Susanne unter. Sie hielten jedoch Kontakt zu Carl Dietrich von Trotha und Gert von Eynern. Eynern war schon seit den zwanziger Jahren mit Suhr befreundet. Gegen Kriegsende wirkten Suhr, Eynern und Trotha in einem illegalen „Planwirtschaftlichen Arbeitskreis“ mit, wo sie Konzepte für ein sozialistisches Nachkriegsdeutschland diskutierten. Trotha gehörte wiederum zum Kern einer anderen Widerstandsgruppe, dem Kreisauer Kreis. Dort war ein viertes späteres DHfP-Senatsmitglied tätig, Otto Heinrich von der Gablentz. Gablentz war besonders beeinflusst vom religiösen Sozialismus. Als fünftes Senatsmitglied war auch Ernst Tillich, ein entfernter Verwandter des Theologen Paul Tillich, im kirchlichen Widerstand aktiv. Wegen seines Engagements im Rahmen der Bekennenden Kirche war er mehrere Jahre im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert. Der sechste schließlich, der sozialdemokratische Jurist Martin Drath, wurde

1933 sofort mit einem Berufsverbot belegt und blieb während der folgenden zwölf Jahre in Kontakt mit seinen Parteigenossen. In dieser facettenreichen Widerstandskultur bildete Otto Suhr eine Art Zentrum, denn seine Aufgabe für die Gewerkschaft war es, die Verbindungen zu den unterschiedlichen Widerstandsgruppen aufrecht zu erhalten.

Inhaltlich war die Hochschule in sechs Abteilungen aufgegliedert. Trotha leitete die „Politische Meinung und Willensbildung“, Tillich die „Philosophie und Soziologie“, v. Eynern die „Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik“, v. d. Gablentz die „Soziale Ordnung und Sozialpolitik“, Drath die „Rechts- und Staatslehre“ und Kurt Landsberg die „Geschichte und Geographie“. Die Hochschule versuchte zunächst, an ihrer vorrangigen Orientierung an der Erwachsenenbildung festzuhalten. Doch es gelang von Beginn an nicht, die angesprochenen Multiplikatoren in den Schulen, Parteien und Verwaltungen für das angebotene Abendstudium zu motivieren. Die Mehrzahl der eingeschriebenen Studenten waren sogenannte „Vollstudenten“ (eine Anspielung auf ihren Status bei der Lebensmittelkartenzuteilung). Sie gehörten zu der Generation, die ihre Jugend im Krieg vergeudet fand und nun einen geschlossenen Studiengang mit anerkanntem Abschluß absolvieren wollte. Im Dezember 1948 hatten sich für das Einführungssemester nur dreißig Hörer für das Abendstudium beworben; einhundertvierzig wollten demgegenüber als Vollstudenten beginnen. Es bedurfte einer neuerlichen Zeitungskampagne, um die Zahlen etwas auszugleichen.

Die unaufhaltsam fortschreitende weitere Verschiebung in der Zusammensetzung der Hörschaft der nächsten Semester blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Konzeption der Hochschule. Man mußte, wollte man nicht einen drastischen Schwund der Hörschaft in Kauf nehmen, schneller als ursprünglich vorgesehen ein universitätsadäquates Hochschulstudium anbieten. Bereits im April 1950 veranstaltete die DHfP eine Tagung, zu der sie alle westdeutschen Vertreter der neuen Politikwissenschaft einlud, um den ungeklärten disziplinären Status des neuen Faches zu diskutieren. Man schloß mit einer selbstbewußten Resolution, deren Formulierung im wesentlichen in Berlin vorbereitet worden war; insbesondere die vor allem von Otto Suhr geprägte Formel von der Politik als Wissenschaft der „Macht und Gesittung“ fand sich später in den unterschiedlichsten Formulierungen wieder. Der einflußreichste Promoter des nun verstärkt einsetzenden Verwissenschaftlichungsprozesses war der bereits erwähnte Freund Otto Suhrs, Ernst Fraenkel, der 1951 aus der amerikanischen Emigration über Korea nach Berlin zurückkehrte. Fraenkel war es auch, der mit seinem Konzept von „Politikwissenschaft als Integrationswissenschaft“ das Fachverständnis vieler Berliner Politologen der ersten fünfzehn Jahre entscheidend prägte.

Ernst Fraenkel über die Probleme der Wissenschaft von der Politik:

„Eine Denkschrift über Probleme der Hochschule für Politik sollte von einer realistischen Analyse der gegenwärtigen Situation des Unterrichts der Political Science in Deutschland ausgehen. Nach meiner Ansicht sind die kennzeichnenden Merkmale, daß:

- a) unzureichend vorgebildete Studenten
- b) ein wissenschaftlich weitgehend undurchforschtes Gebiet

- c) unter Leitung von Dozenten, die fast ausnahmslos aus anderen Disziplinen stammen,
- d) ohne ausreichende Bibliotheks- und Forschungsmöglichkeiten
- e) bei völligem Fehlen der sonstwie üblichen Lehr-Lernbücher, Grundrisse etc.
- f) ohne finanzielle Mittel, sich das unumgängliche Quellenmaterial anzuschaffen
- g) in weitgehender Unkenntnis des von ihnen im Examen verlangten Wissens
- h) ohne klare Vorstellung der praktischen Verwertungsmöglichkeiten des von ihnen zu erwerbenden Wissens zu beherrschen suchen.

An ein solches Studium dieselben pädagogischen Maßstäbe anzulegen wie an das Studium einer eingefahrenen Disziplin, erscheint mir vom wissenschaftlichen Standpunkt unzulässig und vom pädagogischen Standpunkt unverantwortlich. Ausgangspunkt aller Erörterungen hat die Erkenntnis zu sein, daß die traditionellen Lehr- und Forschungsmethoden deutscher Universitäten dank der Besonderheit der Wissenschaft von der Politik im heutigen Deutschland nicht unkritisch auf das Studium dieser Wissenschaft übernommen werden dürfen. Die Unterrichtsmethoden dieser neuen Wissenschaft dürfen sich ausschließlich durch sachliche und unter keinen Umständen durch taktische Erwägungen beeinflussen lassen. Das Studium der Wissenschaft von der Politik soll nicht ein Sammelsurium von Extrakten anderer Wissenschaften sein; es stellt das Studium einer selbständigen Disziplin dar, das allerdings die Beherrschung konkreten Wissens anderer Disziplinen voraussetzt. Die größte Gefahr der Wissenschaft von der Politik ist, daß irrtümlicherweise die Aneignung dieses Wissensstoffes als Studium der Wissenschaft von der Politik angesehen wird. Der Student der Wissenschaft von der Politik soll weder Geschichte, noch Geographie, noch Ökonomie, noch Recht, noch Soziologie ‚studieren‘; er soll Political Science studieren.“
Auszug aus einem Brief Ernst Fraenkels an Otto Suhr vom 5. Dezember 1952. Bundesarchiv Koblenz. Nachlaß Fraenkel, 274/8.

Fraenkels Konzept von Politikwissenschaft als Integrationswissenschaft:

„Die Politikwissenschaft leitet ihren Anspruch, als selbständige Disziplin anerkannt zu werden, aus dem Bemühen ab, sich nicht einseitig nur einer Betrachtungsweise zu verschreiben, sondern vielmehr durch die Integration verschiedenartiger Betrachtungsweisen – durch die Verwendung sowohl empirisch-deskriptiver als auch normativer Methoden – zu einem umfassenden und deshalb vertieften Verständnis politischer Phänomene zu gelangen. Die radikale Absage an jede monistische Betrachtungsweise des ‚Politischen‘ beruht nicht zuletzt auf der Erkenntnis, daß die einseitige Betonung einer – wie auch immer gearteten – Deutungsmethode der Politik – der geographischen in Form der Geopolitik, der biologischen in Form der Rassenlehre, der ökonomisch-soziologischen in Form des dialektischen Materialismus, der historischen in Form des konservativ-romantischen Quietismus, der juristischen in Form des apolitischen Bürokratismus (den Max Weber so leidenschaftlich verworfen hat) – nicht nur zu einer Perversion des politischen Denkens, sondern auch gerade wegen der Einseitigkeit der Ausgangsposition zu einer katastrophalen Verirrung des politischen Handelns zu führen vermag.“

Der Politikwissenschaft liegt es ob, zu fragen, ob in einem politischen Gemeinwesen die institutionellen, intellektuellen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Bedingungen erfüllt sind, die es ermöglichen, eine Lösung der jeweils anfallenden innen- und außenpolitischen Tagesprobleme zu erreichen, die den praktischen Bedürfnissen einer wirksamen Regierung und Verwaltung und den Mindestanforderungen eines geläuterten Gemeinwohls Genüge tut. Sie hat gegebenenfalls dazu Stellung zu nehmen, welche Schritte notwendig und erfolgversprechend sind, um Fehlerquellen zu beseitigen, die dies zu erschweren oder gar zu vereiteln vermögen.

Eine Politikwissenschaft, die nicht bereit ist, ständig anzuecken, die sich scheuen wollte, peinliche Fragen zu stellen, die davor zurückschreckt, Vorgänge, die kraft gesellschaftlicher Konvention zu arcaea societatis erklärt worden sind, rücksichtslos zu beleuchten, und die es unterläßt, freimütig gerade über diejenigen Dinge zu reden, über die ‚man nicht spricht‘, hat ihren Beruf verfehlt. Politologe ist kein Geschäft für Leisetreter und Opportunisten.“

Aus: Ernst Fraenkel, Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft. In: Gesellschaft – Staat – Erziehung, 8. Jg. 1963, S. 273–285.

Der erste Schritt zum „Diplom-Studiengang“ für Politikwissenschaft erfolgte mit der Umstrukturierung des Vorlesungsverzeichnisses für das Wintersemester 1951/52. Die Zahl der Lehrveranstaltungen wurde beschränkt und auf die Themenbereiche konzentriert, die man zum eigentlichen Kerngebiet der Politikwissenschaft rechnete. Ihren vorläufigen Abschluß fand die fünfjährige konzeptionelle Debatte mit der Neugliederung der Hochschule zum Sommersemester 1953, in der die Fachinhalte der einzelnen Abteilungen neu zugeschnitten wurden. Die wichtigste Änderung war, daß mit neuen Abteilungsamen zugleich dokumentiert werden sollte, daß es sich jeweils nicht um Einzelwissenschaften, sondern nur um Einzelaspekte einer einzigen „Wissenschaft von der Politik“ handelte: der „Politologie“, wie sie von vielen in Berlin genannt wurde. Die neuen Abteilungen und ihre Leiter waren: Innenpolitik (Otto Suhr), Theorie der Politik (Otto Heinrich von der Gablentz), Überstaatliche Politik und vergleichende Lehre der Herrschaftsformen (Ernst Fraenkel), Politische Wirtschafts- und Soziallehre (Gert von Eynern), Politische Rechtslehre (Martin Drath), Außenpolitik (Eugen Fischer-Baling) und Geschichtliche und geographische Grundlagen der Politik (Kurt Landsberg).

Ihren institutionellen Abschluß fand diese Entwicklung mit der förmlichen Auflösung der Hochschule durch ihre Eingliederung in die Freie Universität im Jahre 1959. Der Eingliederung ging ein jahrelanges Tauziehen zwischen FU und DHfP voraus. Anfangs wollte die Hochschule unbedingt ihre autonome Weimarer Tradition fortführen; dies weniger aus inhaltlichen Gründen oder aus Pietät der traditionsreichen Institution gegenüber, als vielmehr aus der handfesten Sorge der meisten Hochschuldozenten heraus, den ihnen an der DHfP zugebilligten schönen Titel „Professor“ wieder zu verlieren oder als „wissenschaftlich unqualifiziert“ gar nicht an die FU übernommen zu werden. Als sich die DHfP unter dem Druck sinkender Hörerzahlen 1951 zu einer engeren Bindung an die FU durchgerungen hatte, stellten sich nun Teile der FU quer, so daß sich der mühevollen Weg der Berliner Politikwissenschaft zu einer Universitätsdisziplin nur etappenweise realisieren ließ.

Erste Etappe war die Anerkennung des Promotionsrechts an der FU für DHfP-Absolventen im April 1952. Die Hochschulabsolventen erhielten die Möglichkeit, wahlweise an der Juristischen, der Philosophischen oder der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zu promovieren. An allen drei Fakultäten sollten dafür spezielle Lehrstühle errichtet werden, bei deren Berufung der DHfP Einflußrechte zugestanden wurden. Doch erst auf direkten politischen Druck des Berliner Senats, zu dem die Hochschule immer die engsten persönlichen Kontakte hatte – so waren beispielsweise ihr erster Direktor Suhr von 1955–1957 und ihr Dozent Willy Brandt von 1957–1966 Regierende Bürgermeister der Stadt – stimmte die FU-Leitung der

Regelung zu (und ignorierte dabei sogar einen abschlägigen Beschluß des Universitätskonvents). Analog zu den sechs Prüfungsfächern an der DHfP sollten sechs Lehrstühle an der FU eingerichtet werden. An der Philosophischen Fakultät bereitete dies keinerlei Probleme: sowohl Fraenkel wie Fischer-Baling erhielten umstandslos ihre Professur. Bei den beiden anderen Fakultäten wurde diese Frage zum dankbar wahrgenommenen Ansatzpunkt für weitere Grabenkämpfe. Die Juristen waren prinzipiell gegen das Vertragswerk und ließen den bei ihnen zu errichtenden Lehrstuhl bis 1956 schlicht unbesetzt; kein einziger Politologe der fünfziger Jahre erlangte den Dr. jur. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät richtete ihre Vorbehalte nur gegen die vorgeschlagenen Personen Suhr, v. d. Gablentz und v. Eynern; bei letzterem dauerte es bis 1957, bis auch er den begehrten Lehrstuhl erhielt.

Zweite Etappe war die Anerkennung des DHfP-Diploms als gleichwertig mit den Studienabschlüssen der FU (19. Juni 1956). Erst nach weiteren zweieinhalbjährigen Verhandlungen erfolgte dann als letzter Schritt die volle Eingliederung der Hochschule in die Universität. Am 1. April 1959 wurde sie offiziell der FU angegliedert. Sie fungierte, wofür sich insbesondere Fraenkel eingesetzt hatte, in der FU nun nicht als eigenständige Fakultät für Politikwissenschaft, sondern als „Interfakultatives Institut“. Fraenkel hoffte, die Politologie als Universitätsdisziplin werde so stärker auf ihre etablierten Nachbardisziplinen einwirken können.

Das Otto-Suhr-Institut: etablierte Politikwissenschaft vor der Studentenbewegung

Ursprünglich war für die eingegliederte Hochschule der Name „Theodor-Heuss-Institut“ vorgesehen. Der frühe Tod von Otto Suhr am 30. August 1957 war jedoch der Grund, das Institut mit dem Namen Suhrs zu verbinden.

Die Studenten der Politologie mußten sich nun an einer der drei am Interfakultativen Institut beteiligten Fakultäten immatrikulieren (die Wahl der Fakultät hatte indes nur praktische Bedeutung, wenn sie nach dem Diplom promovieren wollten). Das „OSI“, wie es abkürzend nun genannt wurde, erhielt zehn Lehrstühle, die bezeichnenderweise höchst ungleichgewichtig auf die Fakultäten verteilt waren. Die meisten Lehrstühle, nämlich fünf, waren in der Philosophischen Fakultät angesiedelt: Theorie und vergleichende Geschichte der politischen Herrschaftssysteme (Ernst Fraenkel), Theorie und vergleichende Geschichte der Auswärtigen Politik (Walther Hofer, ab 1961 Richard Löwenthal), Geschichtliche Grundlagen der Politik (Walter Bussmann, ab 1962 Gerhard Ritter), Geschichte der politischen Theorien (Gerhard Oestreich, ab 1963 Georg Kotowski), Geschichte und Theorie der Parteien und Interessengruppen (Ossip K. Flechtheim, ab 1962 Kurt Sontheimer). Vier Lehrstühle gehörten zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät: Theorie der Politik (Otto Heinrich von der Gablentz), Politische Wirtschaftslehre (Gert von Eynern), Innenpolitik (ab 1962 Ossip K. Flechtheim), Soziologie und Politische Wissenschaft (Otto Stammer). Nur ein Lehrstuhl – Staatsrecht und Politik – fiel auf die Juristische Fakultät (ab 1963 Klaus Stern).

Das OSI war nach seiner Eingliederung in die FU die mit Abstand größte universitäre politikwissenschaftliche Institution in Deutschland. Den zehn Berliner Lehrstühlen standen seinerzeit nur insgesamt neunzehn in der gesamten Bundesrepublik gegenüber. Unwiderruflich begannen nun die Jahre der Expansion, der Professionalisierung und der Ausdifferenzierung des Faches. Die Probleme mit dem Hörschwund der fünfziger Jahre waren bald vergessen. Die Studentenzahl stieg steil und kontinuierlich von 300 bei der Eingliederung auf über 800 im Jahre 1965 an. Parallel zum Diplomstudiengang versuchte das OSI, die alte bildungspolitische Zielsetzung auf dem Sektor der Lehrerausbildung weiterzuführen. Zunächst nur als Fortbildungsmaßnahme für bereits raktizierende Lehrer gedacht, entwickelte sich daraus der heutige Hauptfachstudiengang zum „Sozialkundelehrer“ als zweiter Strang der politikwissenschaftlichen Lehre.

Publizistisch gehörte die Berliner Professorschenschaft zu den Initiatoren der Gegenründung zu Adolf Grabowskis „Zeitschrift für Politik“. Im Jahre 1959 wurde die „Politische Vierteljahresschrift“ gegründet, heute noch das Organ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), drei der fünf Gründungs herausgeber – v. Eynern, Bracher und v. d. Gablentz – lehrten am OSI. In Berlin wurde ferner „Der Politologe“ herausgegeben, eine Institutszeitschrift mit weniger hohem wissenschaftlichen Anspruch; sie erschien bis zur Aufspaltung in den späten sechziger Jahren in die Zeitschriften „Sozialistische Politik“ und die „Berliner Zeitschrift für Politologie“. Mit der Schriftenreihe „Zur Politik und Zeitgeschichte“ gab das OSI eine Publikationsreihe heraus, die sich speziell an Personen der politischen Bildungsarbeit wandte. Für das wissenschaftliche Publikum erschien die von Flechtheim und v. d. Gablentz betreute Reihe „Die Wissenschaft von der Politik“. Den aus Berliner Sicht wohl größten Publikationserfolg aber hatte das von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher 1957 edierte politikwissenschaftliche Lexikon „Staat und Politik“, dessen Artikel fast alle aus der Feder von Berliner Dozenten stammten. Allein bis 1964 brachte der Band es auf eine Auflage von 250 000 Exemplaren.

Die sichtbare Abrundung der Eingliederung war die Einweihung des neuen Institutsgebäudes in der Ihnstraße 21 am 7. Mai 1962. Das OSI war damit auch räumlich in unmittelbare Nähe zur FU gerückt. Der größte Teil der Neubaufinanzierung erfolgte durch eine 3,7-Millionen-DM-Spende des amerikanischen State-Department. Das neue Gebäude, in dem der „Fachbereich Politische Wissenschaft“ auch jetzt noch ansässig ist, machte die endlich durchgesetzte universitäre Anerkennung auch nach außen sichtbar. Erschien der Bau mit seinem repräsentativen Hörsaal, den fünf Seminarräumen und den großzügigen Bibliothekseinrichtungen im Jahre 1962 noch reichlich dimensioniert, klagte man drei Jahre später schon wieder über Platzmangel und Überfüllung.

Es schien, als hätten die Hochschulgründer ihr Ziel erreicht: die Politikwissenschaft war als Universitätsdisziplin anerkannt, ihre Dozentenschaft genoß ein öffentliches Ansehen, das auch Zeitungen gerne in ihren Spalten nutzten. Doch die Disziplin würde nicht ihren Namen verdienen, hätte sie nicht, wie schon bei der Wiedergründung der DHfP, auf politische Ereignisse mit der Sicherheit eines Seismographen reagiert. Die Gründungspolitologen der fünfziger Jahre vermochten sich in ihrem Erfolg nicht lange zu sonnen:

Ab Mitte der sechziger Jahre zogen die ersten Wolken der studentischen Protestbewegung auf.

Literatur zum Otto-Suhr-Institut

- Das Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin – Geschichte, Forschung und Lehre, Politische Bildungsarbeit. Berlin 1962.
- Buchstein, Hubertus/Göhler, Gerhard: In der Kontinuität einer „braunen“ Politikwissenschaft? In: Politische Vierteljahresschrift 27, 1986, 330–340.
- Buchstein, Hubertus/Göhler, Gerhard: Die Wiederbegründung der Berliner Politikwissenschaft nach 1945 (erscheint 1989).
- Kastendiek, Hans: Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft. Frankfurt am Main 1977.
- Mohr, Arno: Politikwissenschaft als Alternative – Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Wege zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965. Bochum 1988.
- Missiroli, Antonio: Die Deutsche Hochschule für Politik. Sankt Augustin 1988.
- Tent, James F.: Die Freie Universität Berlin 1948–1988 – Eine deutsche Universität im Zeitgeschehen. Berlin 1988.